

WAS Gibt's

Mitteilungsblatt der Partei

DIE LINKE.

Kreisverband Schwabach - Roth

Ausgabe 9

Dezember 2008

Wachsende Kinderarmut staatlich verordnet!

Zum 1. Januar 2009 soll das Kindergeld zum ersten Mal seit 7 Jahren wieder erhöht werden. Angesichts allgemein gestiegener Lebenshaltungs- und Schulkosten mag dies manchem zwar nur wie der berühmte Tropfen auf den heißen Stein vorkommen, aber immerhin: Zahlreiche Familien können sich darüber freuen.

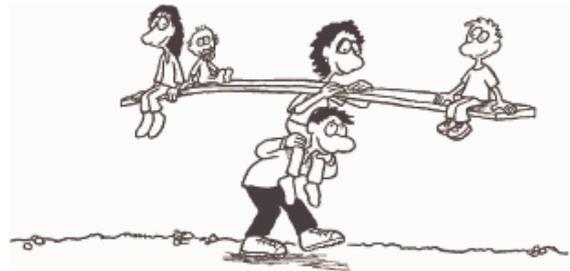
Nicht so die Familien, die von Hartz-IV leben müssen. Bei ihnen wird das erhöhte Kindergeld nämlich von den Hartz-IV- Regelsätzen komplett wieder abgezogen. Von der Erhöhung kommt also gerade bei den Familien, die es am nötigsten hätten, kein einziger Cent an.

Mit diesem familienpolitischen Tiefschlag – einer Ungerechtigkeit, die zum Himmel schreit – zeigt die von CDU und SPD bestimmte Bundesregierung wieder einmal, wo sie steht, wessen Interessen sie vertritt und für wen sie da ist. Anstatt das Kindergeld wenigstens für alle Familien gleichermaßen zu erhöhen (gerecht wäre aus unserer Sicht, es bei den überproportional gut Verdienenden zu streichen und bedürftigen kinderreichen Familien einen erhöhten Betrag zukommen zu lassen) nimmt sie bei den Ärmsten der Armen mit der einen Hand, was sie mit der anderen gibt. Gleichzeitig werden jedoch Milliardenkredite für die „notleidenden“ Banken und ihre Manager locker gemacht. Den einen wird das Geld auf Kosten des Steuerzahlers nachgeschmissen, bei den anderen steckt der Staat den fälligen Erhöhungsbetrag in die eigene Tasche.

Die Folgen kann sich jeder ausmalen: Die Kinderarmut wird in Deutschland weiter zunehmen, immer weniger Familien, die auf ALG II bzw. staatliche Zuschüsse zum Familieneinkommen angewiesen sind, werden in der Lage sein, die Kosten für Kleidung, gesunde Ernährung und Schulbesuch ihrer Kinder aufzubringen, geschweige denn für Hobbies und kulturelle Bedürfnisse etwas abzuzweigen. Die Ungerechtigkeit bei der geplanten Erhöhung des Kindergeldes trägt dazu bei, die Kluft zwischen Arm und Reich in unserer Gesellschaft zu vergrößern und die Lebenschancen von Kindern aus sozial schwachen Familien zu beschneiden.

Die zum 1. Januar 2009 geplante Erhöhung des Kindergeldes muss in voller Höhe an die Empfänger von Hartz-IV-Leistungen weitergegeben werden!

(HJ)



Hartz IV: Behörde darf nichts kürzen

Entscheidung in Kassel: Klassenfahrten müssen künftig komplett bezahlt werden.

Dies hat das Bundessozialgericht entschieden. Arge und Optionsbehörden müssen die Zuschüsse bei mehrtägigen Fahrten ungemindert übernehmen.

Die Urteilsbegründung lautete:

Kinder sollen gerade im schulischen Bereich nicht benachteiligt werden

(Az.: B 14 AS 36/07 R)

DIE LINKE.

wünscht Ihnen und Ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes Jahr 2009!

Leben wir noch in einer Demokratie oder schon in einer Diktatur des Kapitals?

Was bedeutet Demokratie? Es bedeutet, dass die Regierung die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung vertritt.

Ist das in Deutschland derzeit noch der Fall? Betrachten wir diese wichtige Frage anhand einiger Beispiele:

1. Gesetzlicher Mindestlohn:

Eine große Mehrheit der Bevölkerung ist für den gesetzlichen und flächendeckenden Mindestlohn, um von ihrer Arbeit in Würde leben zu können. Die Regierung ignoriert den Willen der Mehrheit und ist gegen gesetzliche Mindestlöhne. Das hat mit Demokratie nichts zu tun!

2. Das Renteneintrittsalter

Eine sehr große Mehrheit der Menschen in Deutschland lehnt das Renteneintrittsalter ab 67 klar ab, weil die meisten nicht mal bis 65 arbeiten können. Dieses radikale Renten kürzungsprogramm wurde dennoch gegen den Willen der Mehrheit von der Regierung durchgesetzt. Auch das widerspricht den Grundsätzen der Demokratie.

3. Der Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan
Knapp 80% der Bevölkerung ist gegen den Bundeswehreinsatz in Afghanistan, weil sie davon überzeugt sind, dass Deutschland nicht am Hindukusch verteidigt wird.

Die Bundesregierung hingegen schickt noch 1000 Soldaten mehr und verlängert den Kriegseinsatz gleich um 14 Monate. Das ist vollkommen undemokratisch! Anhand dieser 3 Beispiele lässt sich belegen, dass wir von einer wirklichen Demokratie mittlerweile weit entfernt sind, denn die Interessen des Volkes werden nicht in Regierungshandeln umgesetzt!

In welcher Gesellschaftsform leben wir dann? Wir leben in Wahrheit in einer Diktatur des Kapitals!

Das kann man anhand von 3 Beispielen ebenfalls belegen:

1. Die Steuerbefreiung von Gewinnen aus dem Verkauf von Unternehmensbeteiligungen war ein Steuergeschenk an die Großkonzerne.

Diese Steuerbefreiung durch den sozialdemokratischen Bundeskanzler Schröder verschaffte den Konzernen riesige Geldsummen, mit denen dann am Finanzmarkt spekuliert wurde.

2. Die Zulassung von Derivaten.

Das ermöglichte den Handel mit gebündelten Schrottkrediten. An der fatalen Zulassung der Derivate war Staatssekretäre Asmussen vom Finanzministerium federführend beteiligt. Jetzt ist er leitender Staatskontrolleur! Welch eine Politschizophrenie, man macht quasi den Drogendealer zum Drogenkontrolleur! Ähnlich verhält es mit den Bankenvertretern in diesem Gremium, das über die Verteilung unserer Steuermilliarden entscheidet.

3. Die Zulassung von Hedgefonds (Heuschrecken)
Diese Heuschrecken kauften dann mit geliehenem Geld gesunde deutsche Betriebe auf, denen man so dann die Kredite aufbürdete und sie so finanziell aussaugte. Tausende von Arbeitnehmern wurden entlassen, um diese Wahnsinn finanzieren zu können. Die Hedgefonds nahmen sich auf diese Art und Weise Milliarden und das wurde gesetzlich von der Bundesregierung genehmigt. Man könnte diese Praktiken auch Raub nennen!

Zusammenfassend lässt sich folgendes feststellen: Die Interessen einer Minderheit von Kapitaleigner werden von der Bundesregierung sofort gesetzlich gefördert, während die Interessen der Arbeitnehmer, der Rentner, der kranken Menschen, der Schüler und Studenten mit Füßen getreten werden. Die LINKE will und wird das ändern. Sie fordert einen gesetzlichen und flächendeckende Mindestlohn von 8,71 pro Arbeitsstunde wie in Frankreich, die Erhöhung der Renten durch die Wiedereinführung der alten Rentenformel, eine solidarische Krankenversicherung, in die alle einzahlen müssen, die Abschaffung der Studiengebühren, der Kindergartengebühren, sowie die Einführung einer kostenlosen Ganztagschule, in der alle Schüler bis zur 10 Klasse gemeinsam unterrichtet werden!

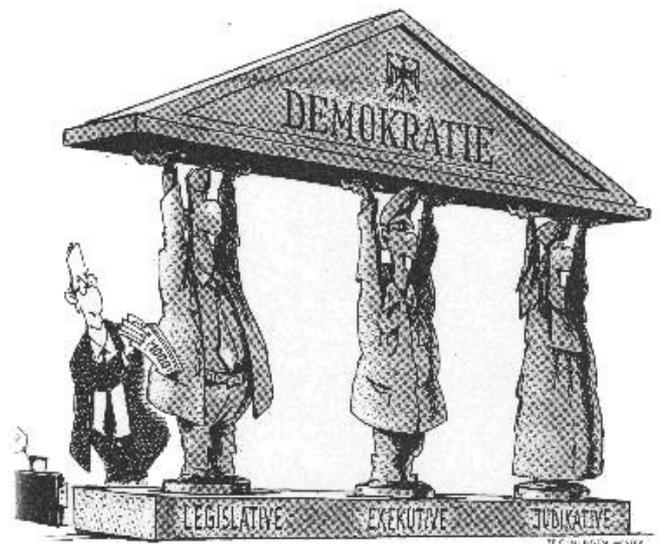
Die LINKE tritt für eine Wiederbelebung unseres sozialen Rechtsstaates ein.

Dieses Forderungspaket lässt sich durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer auf große Privatvermögen, durch eine Erhöhung der Erbschaftssteuer für privates Millionenvermögen, durch eine Erhöhung der Einkommenssteuer für große Einkommen und durch die Einführung einer Börsenumsatzsteuer problemlos finanzieren. Die LINKE stellt den Menschen dieses Maßnahmenpaket zur Wahl, um die Mehrheitsverhältnisse zu ändern und dann politisch durchzusetzen.

Nur eine starke LINKE kann den weiteren Marsch in eine eiskalte Diktatur des Kapitals verhindern!

Helfen Sie mit!

(KT)



Das Hembacher Loch und der virtuelle Energiepark in der Sondermüll

Im Bürgerbrief vom Mai 2008 stand u.a. folgendes „Märchen“: "Hier (vor dem neuen Rathaus) wird bereits im Laufe des Mai mit dem Bau eines Wohnhauses begonnen. Die Optik soll sich am Rathaus orientieren. Das gilt sowohl für die Fassade, die Höhe als auch die Dachgestaltung. Nach Auskunft des Investors soll der Bau Mitte 2009 bezugsfertig sein".

Dem stellvertretenden Kreisvorsitzenden der LINKEN liegt jedoch ein Schreiben vom 21.10.2008 von Oberregierungsrat Pfaffenritter vom Landratsamt Roth vor, in dem bezüglich des Wohnhausneubaus folgendes steht: „Bei uns liegt derzeit kein aktueller Bauplan vor“.

Aha, es lag im Oktober 2008 kein Bauplan vor, obwohl der Baubeginn bereits für Mai dieses Jahres angekündigt wurde!

Ja, was ist denn da los?

Warum wird denn nicht gebaut?

Sind die Investoren abgesprungen?

Ist das Grundstück noch gar nicht verkauft?

Lassen sich die Luxuswohnungen nicht verkaufen, weil niemand hohe Summen zahlt, um den überdimensionierten Rathausklotz direkt vor Augen zu haben?

Gibt es rechtliche Konflikte mit der Nachbarschaft?

Diese Fragen beantwortete die Gemeindeverwaltung bis heute nicht. Dazu schreibt Oberregierungsrat Pfaffenritter: " Die gemeindliche Informationspolitik ist eine Frage der politischen Kultur der jeweiligen Gemeinde. Warum wurde im Bürgerbrief vom Mai 2008 ein Baubeginn noch für den gleichen Monat angekündigt, die genaue Optik des Wohnhauses beschrieben, die Fassadengestaltung, die Höhe und die Dachgestaltung, wenn beim Landratsamt Roth im Oktober 2008 nicht einmal ein Bauplan vorlag? Die LINKE findet das sehr merkwürdig!

Ist der Bürgerbrief ein Märchenbuch?

Oberregierungsrat Pfaffenritter geht auch noch auf die Situation in der Sondermüllanlage ein. Er schreibt dazu folgendes:

"Auch im Bereich der ehemaligen GSB laufen derzeit keine Bauanträge beim Landratsamt Roth".

Auch das ist doch sehr merkwürdig, hat doch die Gemeinde Rednitzhembach bei einer Bürgerversammlung vor ca. 2 Jahren ein Großprojekt in der GSB angekündigt mit ca. 200 Arbeitsplätzen. Es sollte den verheißungsvollen Namen Gewerbepark Natur und Energie tragen, dort sollte Biomasse verbrannt werden, Fernwärme erzeugt und ein riesiges Gartencenter betrieben werden! War das nur virtuell gemeint? Bis heute liegt hier noch kein Bauantrag vor.

Die LINKE wird sie bei beiden Projekten auf dem Laufenden halten!

(KT)



Der Staat stützt die Banken – wer profitiert von der Finanzkrise?

In einem beispiellosen Eilverfahren wurde im Oktober d.J. von Kanzlerin Merkel und Wirtschaftsminister Steinbrück ein Gesetz durch den Bundestag und die Länderkammer gepeitscht, das Banken, die sich im globalen Kasino verzockt haben, Bürgschaften und Kredite in Höhe bis zu 500 Milliarden Euro garantieren soll. Vergessen waren mit einem Mal alle Vorstellungen von Haushaltskonsolidierung; zur Rettung der Banken „muss“ der Staat das Steuergeld der Bürger verbraten und notfalls neue Schulden in astronomischer Höhe auf sich nehmen. Vollmundig verkündete zuvor die Kanzlerin, die Spareinlagen der Bürger seien sicher – ein Spruch, der fatal an die Zeit erinnert, als Gleiches von den Renten behauptet wurde. Nur mit dem Unterschied, dass die Finanzkrise derzeit vor allem die Anleger betrifft. Wer sein Geld für die private Altersvorsorge in amerikanische Pleite-Fonds gesteckt hat, muss damit rechnen, dass es weg ist.

Längst hat die Krise auf den Finanzmärkten auch die reale Wirtschaft erfasst: Es wird weniger investiert und konsumiert, die Auftragsbücher von bis dato „gesunden“ Unternehmen schrumpfen, die Aktienkurse rauschen in den Keller, führende Autofirmen verordnen Produktionsstopps, die Arbeitslosigkeit nimmt zu und die Realeinkommen der abhängig Beschäftigten, die vom angeblichen „Aufschwung“ der Wirtschaft in den vergangenen Jahren ohnehin kaum profitiert haben, sacken weiter ab. Es gehört keine Prophetie dazu, um vorauszusagen, dass auch die Zahl der Hartz-IV-Haushalte, denen bereits jetzt das Wasser bis zum Hals steht, drastisch zunehmen wird. Und das bei unverschämten hohen Managergehältern, über deren versuchte „Deckelung“ durch den Finanzminister (wohlgermerkt: nur bei Banken, die die Staatsknete in Anspruch nehmen wollen!) Leute wie Ackermann nur lachen können. Diejenigen, die sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichern, indem sie mit ihren Finanzspekulationen ganze Volkswirtschaften in den Abgrund reißen, werden dafür auch noch fürstlich belohnt, anstatt dass man sie zur Verantwortung zieht und sie mit ihrem Privatvermögen für den angerichteten Schaden haften lässt. Für Maßnahmen gegen die Kinderarmut und für eine Erhöhung der Hartz-IV-Sätze ist dagegen kein Geld da.



Ausgelöst wurde die globale Finanz- und Wirtschaftskrise, die alle bisher bekannten Dimensionen zu sprengen droht, durch das Platzen der Immobilien-Blase in den USA. Nach Art eines Domino-Effekts bedroht der Zusammenbruch des amerikanischen Immobilienmarktes das weltweit vernetzte Bankensystem und die davon abhängige Wirtschaft in Europa und Fernost. Mit den vorgesehenen Stützungsmaßnahmen, die den Steuerzahler Milliarden kosten, versuchen die Regierungen in der EU den befürchteten finanziellen GAU, die „Kernschmelze“ des kapitalistischen Systems, zu verhindern.

Bei alledem ist eines sonnenklar: Die neoliberale Ideologie, dass der Markt schon alles richten werde und der Staat sich aus dem Finanz- und Wirtschaftssektor tunlichst herauszuhalten habe, hat sich selbst ad absurdum geführt. Ausgerechnet Alan Greenspan, der frühere Chef der US-Notenbank, der sich wie kein anderer für die Deregulierung der Finanzmärkte eingesetzt hat, erklärt heute, dass er einem grandiosen Irrtum aufgesessen ist. Und Josef Ackermann, Chef der Deutschen Bank, hält die staatliche Absicherung der Banken für notwendig, auch wenn er süffisant lächelnd hinzufügt, dass sein Geldinstitut diese Unterstützung selbstverständlich nicht benötige. Kein Wunder, denn er gehört ja zu den Gewinnern der Branche, die riskante Fonds rechtzeitig abgestoßen haben und nur darauf warten, sich schwächelnde Konkurrenten –z.B. die Postbank – zu einem Spottpreis unter den Nagel zu reißen. Es geht wie immer nach dem Motto: Die Großen fressen die Kleinen. Wir können also damit rechnen, dass die Kapitalkonzentration und damit die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht durch die Krise weiter zunimmt.

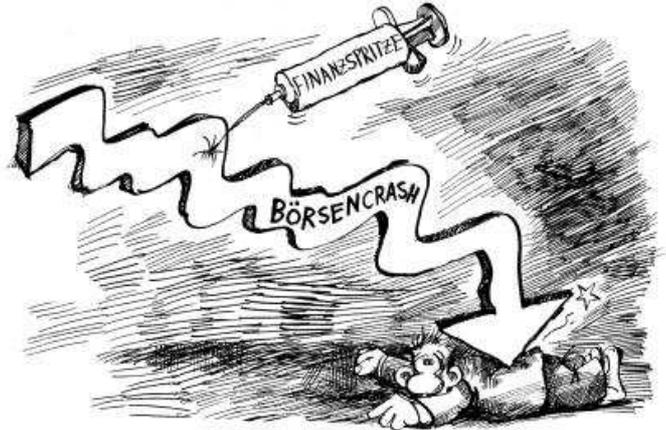
Kann man hoffen, dass die Politik durch die beschlossenen Stützungsaktionen wieder stärkeren Einfluss auf das Finanz- und Wirtschaftsgeschehen nimmt, anstatt sich, wie bei der Hartz-IV-„Reform“, zum bloßen Erfüllungsgehilfen zu machen? Leider ist hier eher Skepsis angebracht. Beim Weltwirtschaftsgipfel war viel von der Funktionsfähigkeit des Kapitals, wenig von sozialer Gerechtigkeit die Rede. Der Ruf nach dem Staat erfolgt immer nur dann, wenn es darum geht, Verluste zu sozialisieren. Die Gewinne aus der vorangegangenen Phase der Schein-Prosperität bleiben dagegen in privater Hand – in Luxemburg, auf den Kaiman-Inseln und anderswo.

Die Folgerung kann nur lauten, dass die Banken entmachtet und zentrale Bereiche der sozialen Sicherung und der Wirtschafts- und Sozialpolitik dem Einfluss der Finanzmärkte entzogen werden müssen. DIE LINKE fordert deshalb

- -eine effektive Kontrolle der Finanzmärkte durch die dafür vorgesehenen nationalen und transnationalen Institutionen;
- eine Konzentration des Bankgeschäfts auf die Vergabe von Krediten zum Zweck der realen Wirtschaftsförderung anstelle des Handels mit Derivaten

- die Einführung einer generellen Devisen-Transaktionssteuer, um Spekulationsgewinne auf Grund von Währungsdifferenzen zu unterbinden;
- die Schließung der Steueroasen;
- einen klaren Stopp für die Auslieferung von Gemeineigentum an die Börsenspekulation (z.B. bei der Bahn AG).

(HJ)



-
- Ich möchte mehr Informationen über DIE LINKE erhalten
 - Ich möchte zu den Veranstaltungen eingeladen werden
 - Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden

Name:

Vorname:

Anschrift:

e-mail:

Impressum:

Herausgegeben von: DIE LINKE. Kreisverband Schwabach/Roth

V.i.S.d.P.: G.Hartmann, Nelkenweg 8

91126 Rednitzhembach

email: die-linke-sc-rh@nefkom.net

<http://www.die-linke-schwabach-roth.de>

Druck: Cooperativ-Druck, Humboldtstr. 104, 90459 Nürnberg

Tel.: 0911-8017446

cooperativ-druck@nefkom.net